

Hermann Scheurer, Nagold

Ein Geheimerbericht über das Oberamt Nagold aus dem Jahre 1923

Das Jahr 1923 markierte den Tiefpunkt nicht nur der Weimarer Republik, sondern des im Jahre 1871 von Bismarck gegründeten Deutschen Reiches überhaupt. Im Oktober und November diesen Jahres (1923) traten eine Vielzahl politischer, finanziell-wirtschaftlicher und sozialer Krisen fast gleichzeitig ein, die zu einer echten Staatskrise führten und das Land dem Zusammenbruch nahe brachten. Im einzelnen waren dies die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien, nachdem Deutschland mit den Reparationsleistungen in Rückstand geraten war und dies als absichtliche Provokation ausgelegt wurde. Letztes Ziel war dabei, das Rheinland und das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland abzutrennen.

Diese Bestrebungen wurden zum Teil auch von deutscher Seite durch die separatistische Bewegung in der Pfalz und im Rheinland unterstützt.

Die wohl schwerste und folgenreichste soziale Erschütterung brachte die Inflation mit sich, die schon mit Kriegsende eingesetzt hatte und jetzt, nach der Ausrufung des passiven Widerstandes an der Ruhr, ihren Höhepunkt erreichte. In der letzten Novemberwoche, vor der Einführung der Rentenmark, war eine Billion Papiermark 1 Goldmark wert. Hauptbetroffene waren die Sparer, die ihren oft seit Generationen ersparten Geldbesitz verloren und dadurch verarmten. Sie stellten später, in der Wirtschaftskrise nach 1930 ein Hauptkontingent

der Anhänger Hitlers.

Ein weiterer politischer Krisenherd waren die Länder Sachsen und Thüringen, wo kommunistisch-sozialistische Regierungen mit sowjetischer Unterstützung eine „deutsche Oktoberrevolution“ nach sowjetischem Vorbild anstrebten.

Auch in Bayern kam es zu Abspaltungstendenzen, die von Hitler am 8./9. November zu einem ersten Putschversuch ausgenutzt wurden.

Reichskanzler in dieser turbulenten Zeit war seit dem 13. August 1923 Gustav Stresemann (DVP), und eines der Mittel, mit denen er der Krise zu begegnen suchte, war die Verhängung des Ausnahmezustandes. In diesem Rahmen ist der am 19. Oktober von der Regierung des Schwarzwaldkreises in Reutlingen - wohl auf Anforderung des Stuttgarter Innenministeriums - erbetene geheime Bericht über die Situation der Parteien und die allgemeine Stimmung der Bevölkerung zu sehen. Man befürchtete Unruhen und Aufstände in dieser hochexplosiven Lage.

Im folgenden eine kurze, stichwortartige Charakterisierung der in dem Bericht erwähnten Parteien. Einige von ihnen bestanden nach 1918 unter gleichem Namen und mit ähnlichen Zielen weiter, andere hatten ihre Namen geändert, und einige, wie etwa die KPD und die NSDAP kamen neu dazu. Am Ende jeder Charakterisierung werden die jeweiligen Stimmzahlen im Oberamt Nagold (abgekürzt OAN) und der Stadt

Nagold (abgekürzt StN) der letzten vorausgegangenen Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 und der nächstfolgenden vom 4. Mai 1924, jeweils in Prozent, angegeben.

Bürgerpartei:

Nachfolgepartei der früheren deutsch-nationalen Volkspartei (DNVP); konservativ, nationalistisch, anfangs bedingt bereit zur Mitarbeit mit anderen Parteien, später wieder unter dem Namen DNVP mit der NSDAP verbündet.

1920: OAN 14,1%, StN 25,3%;
1924: OAN 14,5%, StN 24,0 %.

Bauern- und Weingärtnerbund: rechtsstehende wirtschaftliche Interessenvertretung der bäuerlichen Bevölkerung.

1920: OAN 40,6%, StN 9,5%;
1924: OAN 38,1%, StN 6,2%.

Deutsche Volkspartei (DVP): national, liberal, bürgerlich, Partei Stresemanns. Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit. 1930 Zusammenschluß mit der DDP zur „Deutschen Staatspartei“.

1920: OAN 6,0%, StN 14,8%;
1924: 4,8%, StN 7,3%.

Zentrum:

Interessenvertretung des katholischen Bevölkerungsanteils. Eine der staatstragenden Parteien mit häufiger Regierungsbeteiligung. Im OAN vor allem in den überwiegend katholischen Orten Ober- Untertalheim, Unterschwandorf vertreten.

1920: OAN 2,5%, StN 2,2%;
1924: OAN 2,6%, StN 2,9%.

Deutsche Demokratische Partei (DDP):

linksliberal, auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, an den meisten Regierungen der WR beteiligt.

1920: OAN 13,5%, StN 15,9%;
1924: OAN 4,5%, StN 9,4%.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

gemäßigt sozialistisch, demokratisch, staatstragende Partei, besonders in den ersten fünf Jahren der WR. Zur Mitarbeit mit bürgerlichen Parteien bereit.

1920: OAN 9,0% StN 16,0%;
1924: OAN 9,9%, StN 18,3%.

Unabhängige sozialdemokratische Partei (USPD):

linke Abspaltung von der SPD; negative Einstellung zur WR, keine Regierungsbeteiligung; bestand nur kurze Zeit; später in der KPD aufgegangen.

1920: OAN 10,3%, StN 12,0%;
1924 nicht mehr vorhanden.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD):

radikal-sozialistische Partei; an die Sowjetunion angelehnt; revolutionär im Sinne der „Diktatur des Proletariats“ und der Weltrevolution. Lehnt jede Zusammenarbeit mit anderen Parteien der WR ab.

1920: OAN 0,7%, StN 0,9%;
1924: OAN 6,8%, StN 4,8%.

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (NSDAP):

Hitlerpartei: extrem nationalistisch, antidemokratisch, rassistisch. Bekämpft die WR mit allen Mitteln. Spielt bis zur Weltwirtschaftskrise keine Rolle.

1920: nicht vertreten; 1924:
OAN 13,4%, StN 19,4%.

Die Wahlergebnisse bestätigen

die Aussage des Berichts, daß das OA Nagold, vor allem auf Grund der weitgehend ländlich-bäuerlichen Bevölkerungstruktur „von jeher eine Hochburg der rechtsgerichteten politischen Parteien“ war. Im folgenden der Bericht des Oberamts Nagold vom 2. November 1923 im Wortlaut; unterzeichnet vom damaligen Oberamtmann Münz.

An die Kreisregierung Reutlingen; Auf den Erlaß vom 19. Oktober 1923

„Der Oberamtsbezirk Nagold, in dem Land- und Forstwirtschaft vorherrscht, war von jeher eine Hochburg der rechtsgerichteten politischen Parteien und lange Jahre im Landtag durch den Fabrikanten Stefan Schaible von Nagold vertreten.

In den Gemeinden, die zum Flußgebiet der Nagold und ihrer Nebenflüsse gehören, wo also Gewerbe und Industrie sich niedergelassen hat und seit Jahrzehnten eine gewerbliche Arbeiterschaft lebt - die allerdings vorwiegend in den Nachbargemeinden wohnt und da auch etwas Grund und Boden besitzt - finden sich die Anhänger der deutschdemokratischen, der sozialdemokratischen und jetzt auch der kommunistischen Partei.

Im alten Reich war der Bezirk Nagold als Teil des VII. Reichstagswahlkreises (zusammen mit Calw, Herrenberg und Neuenbürg) durch den deutschdemokratischen Abgeordneten Kaufmann Schweikhardt in Tübingen vertreten.

Ich gehe davon aus, daß der Kreisregierung die statistischen Zahlen über das Ergebnis der Wahlen zur württ. Landesversammlung und zum württ. Landtag, sowie zur National-

versammlung und zum Reichstag bekannt sind.

Die Zahlen, die damals für die einzelnen politischen Parteien abgegeben worden sind, werden indes jetzt nur noch bedingte Geltung haben.

Falls eine Neuwahl kommt, glaube ich, daß die Bürgerparteien mit dem Bauernbund den Löwenanteil davon tragen wird, während die Deutschdemokratische Partei viele Stimmen an die Unabhängigen bzw. Kommunisten abgeben wird. Ausschlaggebend wird sein, wie sich bis dahin die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Erwerbsstände weiter entwickeln und unter welchen politischen Gesichtspunkten eine Neuwahl erfolgt.

Politisch organisiert sind im Bezirk

- die Bürgerpartei in den Gemeinden Nagold und Altensteig-Stadt,

- der Bauernbund mit einem Bezirksvorsitzenden und örtlichen Vertretern,

- die deutsche Volkspartei in den Gemeinden Nagold, Altensteig-Stadt,

- die deutschdemokratische Partei in den Gemeinden Nagold und Altensteig-Stadt

- die sozialdemokratische Partei in den Gemeinden Nagold und Altensteig-Stadt, Haiterbach und Wildberg.

- die unabhängige sozialistische Partei in den Gemeinden Nagold, Altensteig-Stadt und Wildberg.

- die kommunistische Partei in den Gemeinden Nagold, Altensteig-Stadt und Wildberg.

Anhänger der nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind in Altensteig-Stadt und wohl auch sonst vorhanden, ohne daß es

bisher zu einer Parteibildung gekommen wäre.

Das Zentrum kommt nur in den drei katholischen Gemeinden des Bezirks in Betracht.

Parteipolitische Versammlungen gehören im Bezirk außerhalb der eigentlichen Wahlzeit zu den Seltenheiten; wenn je eine Versammlung stattfindet, ist sie mäßig besucht und fast ausschließlich von den betreffenden Parteifreunden. Große politische Debatten finden dabei nicht statt.

Angehörige der kommunistischen Partei sind insbesondere in den Städten Nagold, Altensteig, Haiterbach und Wildberg, aber in mäßiger Zahl vorhanden. Bis jetzt traten sie nur wenig öffentlich auf, scheinen dafür aber mehr von Person zu Person für ihre Sache zu werben.

Z.Z. unter der Herrschaft des Ausnahmezustands hüten sich selbstverständlich alle politischen Parteien, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen.

Selbstschutzorganisationen (Bürgerschutz und dergl.) bestehen meines Wissens im Bezirk nicht. Es herrscht hier allgemein die Überzeugung, daß die

extremen Kreise hier keinen Putsch versuchen werden.

(Während und nach dem Umsturz 1918 hat hier auch nie eine Demonstration vor dem Oberamt stattgefunden.) Von einer höchstens vorübergehenden Überempelung abgesehen, könnte damit auf die Dauer doch nichts erreicht werden.

Plünderungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf dem Feld oder in Lebensmittelgeschäften kamen bis jetzt nicht vor.

Bei Betrachtung der politischen Verhältnisse des Bezirks ist nicht außer acht zu lassen, daß der Schwarzwälder bei seiner ernsten Veranlagung tiefen religiösen Sinn und noch viel praktisches Christentum besitzt (auch in der Oberamtsstadt selbst), das ihm verbietet zu ungesetzlichen Handlungen zu schreiten oder die öffentliche Ordnung zu stören. Ich hoffe daher, daß der Bezirk auch in Zukunft seinem bisherigen Ruf Ehre machen wird.

Bedauerlich ist, daß z.Zeit kein Abgeordneter irgend einer politischen Partei im Bezirk wohnt. Wenn daher die Amtskörperschaft, eine einzelne Gemeinde (oder auch ein Privater) in Fra-

gen von allgemeiner Bedeutung die Mitwirkung eines Abgeordneten nachsuchen will, müssen wir uns an die beiden Abgeordneten der Bürgerpartei, Gutsbesitzer Dingler in Calw und Stadtschultheiß Müller in Neulach, Oberamt Calw, wenden. Dabei hat es sich aber gezeigt, daß die Interessen von Nagold denen des Bezirks Calw vielfach entgegengesetzt sind und daher die genannten Abgeordneten in erster Linie die Wünsche ihres Bezirkes vertreten; ich denke dabei an die Frage der Zukunft des Lehrerseminars in Nagold, den Ausbau der Latein- und Realschule Nagold, die Errichtung einer eigenen landwirtschaftlichen Winterschule, Jugendamt, Bezirksarbeitsamt und dergl. - wo wir immer auf die gegenteiligen Interessen von Calw stießen. Wir haben daher wiederholt an dem deutschdemokratischen Abgeordneten Scheef von Tübingen tatkräftige Unterstützung im Verkehr mit den Stuttgarter Stellen gefunden. Allgemein besteht der Wunsch, wieder einen Abgeordneten zu bekommen, der im Bezirk wohnt.“

(gez.) Münch

Quelle:

Staatsarchiv Sigmaringen,
Bestand Wü 65/21, Band 1,
Akz.Nr.1